

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 241

Donnerstag, den 14. Oktober 1920

11. Jahrgang

Diktat der Wiedergutmachung?

Englands Nachgeben um Genf.

Brüssel, 13. Okt. „Libre Belgique“ veröffentlicht eine Information aus London, wonach der gegenwärtig in London weilende belgische Ministerpräsident de la Croix heute nachmittag erklärt habe, er glaube bei der englische Regierung hinsichtlich der Wiedergutmachung der Kriegsschäden einen vollständigen Erfolg erzielt zu haben. Die Genfer Konferenz werde nicht stattfinden. Der internationale Wiedergutmachungsausschuss werde die Deutschen zu Erklärungen und Vorschlägen hören und anstatt souverän werde er an die verschiedenen beteiligten Regierungen Bericht erstatten, welche dann eine Konferenz anberaumen würden, der sich dann Frankreich und England anschließen. Diese würde dann demnächst in Brüssel stattfinden.

Danach wäre es den vereinten Bemühungen der Franzosen und Belgier gelungen England zu Aufgabe der Genfer Konferenz zu bewegen. Deutschland wird also trotz der Spaer Zusage nicht als Gleichberechtigter geladen werden, sondern nur gnädigst gehört werden. Für die weitere Entwicklung der Wiedergutmachungsfrage ist dieser Erfolg der französischen Politik für Deutschland kein günstiges Omen.

Im übrigen handelt es sich, wie der „Vorwärts“ zu der Meldung, daß die Genfer Konferenz nicht stattfinden werde, treffend schreibt, um einen Vorbruch schlimmster Sorte. Denn Deutschland habe in Spa vom Obersten Rat die mündliche Zusage erhalten, daß die Frage der Wiedergutmachung auf einer Konferenz in Genf erörtert werden würde. Deutschland werde sich dann aber auf den Friedensvertrag berufen können, der die Festlegung der Entschädigungssumme durch die Wiedergutmachungskommission erst am 1. Mai 1920 vorsehe.

Nach Meldung des London „Daily Telegraph“ soll auch Deutschland wie alle anderen Staaten durch zwei Delegierte auf der Brüsseler Wiedergutmachungskonferenz vertreten sein, die alle Freiheiten genießen werden. Die Konferenz wird nach Anhörung der Deutschen einen Beschluß fassen, der den Regierungen zugestellt wird. Der Oberste Rat der Alliierten wird nach Kenntnisnahme des Berichtes die Form der Wiedergutmachungsbedingungen endgültig festlegen. Dabei kann er deutsche Staatsmänner oder Sachverständige zur Erläuterung zweifelhafter Punkte zuziehen.

Wie der Pariser „Matin“ berichtet, glaubt man auch, daß der Vertreter Amerikas an den Verhandlungen teilnehmen werde, die in Brüssel stattfinden sollen. Einem Vertreter des „Matin“ sagte der belgische Ministerpräsident De la Croix, daß die jetzige Konferenz die Fortsetzung der Konferenz von Spa sei. Man müsse sich darüber auch mit der fünften Macht Deutschland verständigen.

Järtens Entscheidung.

Klagenfurt, 13. Okt. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist zusammen für Oesterreich 21 852, für Jugoslawien 15 096 Stimmen, also 59,14 Prozent der Stimmberechtigten haben für Oesterreich gestimmt. In den Straßen der Stadt herrscht erhebliche Aufregung, fast alle Häuser sind besetzt. Von den umliegenden Höhen tönen Böllerschüsse. Die Glocken läuten.

Die Mehrheit für Oesterreich wäre sicherlich noch größer gewesen, wenn die Jugoslawen nicht mit furchtbar falscher Propaganda gearbeitet hätten. Immerhin wird sich das deutsche Oesterreich dennoch des Erfolges freuen können.

Die internationale Arbeiterfrage.

Genf, 13. Okt. (W. I. B.) Albert Thomas, der Präsident des internationalen Arbeitsamtes hat am Mittwoch Genf verlassen, um sich nach Paris und darauf nach Berlin, Warschau und Prag zu begeben. Er wird in diesen Hauptstädten mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Verbindung treten, um sich mit der deutschen, polnischen und tschecho-slowakischen Regierung über die Ratifikation und Anwendung der Washingtoner Bekleidungsabkommen zu verständigen.

Nachdem Deutschland auf der Washingtoner Regierungskonferenz über die Arbeiterfrage nicht berücksichtigt zugelassen war, ist es allerdings eigenartig, daß der Südbote des durch den Völkerbund begründeten internationalen Arbeitsamtes auch nach Deutschland kommen will.

Der sächsische Elektrizitätsarbeiterstreik.

Dresden, 13. Okt. (W. I. B.) Nachdem der Schlichter des Dresdener Schlichtungsausschusses zugunsten der Gemeindearbeiter ausgefallen ist, sind, wie bereits gemeldet, am Montag Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke in Dresden und Leipzig in den Streik getreten, während die Chemnitzer Arbeiter bereits am Sonnabend die Arbeit niedergelegt

hatten. Die übrigen städtischen Betriebe arbeiten in der bisherigen Weise weiter. Durch den Streik in den Elektrizitätswerken und Gaswerken sind Straßenbahnen, zahlreiche Fabriken und sonstige Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. Die gestern und heute geführten Einigungsverhandlungen verliefen ergebnislos, so daß mit einer längeren Dauer des Streiks gerechnet werden muß.

Völkerbund und polnisch-litauischer Konflikt.

London, 13. Okt. Einer Neutermeldung zufolge wird bei der am 20. Oktober in Brüssel stattfindenden Tagung des Rates des Völkerbundes u. a. die Aufstellung eines Programmes, nach dem die Bewaffnung der verschiedenen kleinen Staaten, die dem Völkerbund beitreten wollen, beschränkt wird, besprochen; desgleichen die Schaffung eines Planes für eine Finanz- und Wirtschaftsorganisation, die die Vorschläge der Brüsseler Konferenz behandeln soll und außerdem das Budget für 1921. Littonie wird einen Entwurf für internationale Aufsicht der monopolisierten Rohstoffe einbringen. Wahrscheinlich wird auch die polnisch-litauische Streitfrage zur Verhandlung kommen.

Der Wilnaer Zwischenfall.

In einer Note des polnischen Außenministers Sapieha an die litauische Regierung hat die polnische Regierung erklärt, daß die Besetzung Wilnas ohne Befehl der polnischen Heeresleitung erfolgt sei, und dafür ausschließlich der Kommandant der litauisch-polnischen Division, Selskowski verantwortlich sei. Um über die Weiterführung der festgesetzten Demarkationslinie mit einem Bogen um Wilna herum nach Osten zu verhandeln hat die polnische Regierung litauische Delegierte nach Orang eingeladen.

Die litauische Regierung soll, wie die „D. Z.“ auf Grund einer United-Telegraph-Nachricht zu melden weiß, dem Staatsdepartement in Washington einen Protest gegen die Besetzung Wilnas überreicht haben. Litauen beschuldigt in diesem Einspruch Polen der absichtlichen Verletzung des vor dem Rate des Völkerbundes geschlossenen Abkommens. Gleichzeitig teilt Litauen mit, daß es die Demobilisation befohlen habe.

Die Schweiz hort des Völkerbundes.

Genf, 13. Okt. (W. I. B.) Das Sekretariat des Völkerbundes wird Ende Oktober seinen Sitz nach Genf verlegen. Auf den Sitz des Völkerbundes kommt es allerdings weniger als auf seine Tätigkeit an und wird es immer noch fraglich sein, ob die neutrale Politik der Schweiz einen guten Einfluß ausüben kann. Wenn englische Erzbischöfe die Geistlichen angewiesen haben, in allen Kirchen Englands am Sonntag, den 14. November, besondere Gebete für den Völkerbund zu verlesen, so scheint dies in Anbetracht der Sünden des Völkerbundes auch sehr notwendig zu sein.

Wirren in Rußland?

Hartnäckig erhalten und wiederholen sich die Meldungen über innere Zusammenstöße in Rußland. So bestätigt der Berichterstatter von „Aftonbladet“ die kürzlich verbreitete Nachricht von antisowjetischen Kundgebungen in Moskau. Die Arbeiter einer großen Anzahl von Fabriken hätten antisowjetische Versammlungen abgehalten. Die Sowjetregierung geht immer erbitterter vor. Sie habe die militärischen Patrouillen in Moskau bedeutend verstärkt. In der Nähe der Stadt fanden beträchtliche Truppenzusammenziehungen statt. Es soll bereits zu Kämpfen gekommen sein.

Man wird weitere Nachrichten abwarten müssen.

Beilegung des Berliner Zeitungstreiks.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Großberliner Zeitungsgewerbes Verhandlungen statt. Diese Verhandlungen haben nach sehr hartem Verlauf durch beiderseitiges Entgegenkommen zu einer Einigung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung der beteiligten Verbände und Gewerkschaften, die am Donnerstag vormittag erwartet wird. Man wird mit der Aufnahme der Arbeit rechnen.

Englands Opfer im Trenkrieg.

London, 13. Okt. (W. I. B.) Nach Dubliner Meldungen beliefen sich die Verluste des Militärs in Irland vom 1. Januar bis zum heutigen Tage auf 49 Tote und 66 Vermisste. Trotzdem hat aber England bisher keine Besserung der irischen Lage erzielen können. Ein Einlenken wie es Asquith vor wenigen Tagen vorschlug, würde England diese Opfer sicherlich ersparen.

Der deutsche Parteitag in Kassel.

Bei Eröffnung der 1. Sitzung des Parteitages übermittelte zunächst der Vertreter der holländischen Sozialdemokratie, Genosse W. Liegen, Amsterdam, die herzlichen Grüße der holländischen Sozialdemokratie, zugleich auch im Namen des durch den Poststreik in Holland festgehaltenen Genossen Troelstra. Ich habe, so fährt er weiter aus, nicht den Mut, Ihnen Grüße des deutschen Kaisers zu bringen. (Große Heiterkeit.) Wir werden ihm nicht vor, daß er gekommen ist, sondern daß er zu spät gekommen ist. (Erneute Heiterkeit.) Wäre er zehn Jahre früher gekommen, wäre es viel besser für Euch und die Welt gewesen. (Sehr gut!) In der holländischen Partei haben wir, abgesehen von einer kleinen Gruppe Kommunisten, einseitlich zusammengelassen. Die Bedingungen von Moskau sind uns nicht zugegangen, wir hätten auch keine angenommen. Ullgen mahnt dann zur Einigkeit des deutschen Proletariats, die für die ganze Welt und die Zukunft von allergrößter Bedeutung sei. Das Wort von Karl Marx „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ist keine Phrase, sondern das höchste Zielgebot. Ihr habt einen großen Schritt vorwärts getan mit der Gründung der deutschen Republik. Das ist die größte Erregung des letzten Jahrhunderts, wenn sie dauerhaft ist und sich gut entwickelt.

Vorsitzender Hermann Müller dankt der holländischen Sozialdemokratie für ihre wertvollen Leistungen für die Internationale und begrüßt die Vertreter Georgijens.

Den Bericht des Parteivorstandes

erhielt der Parteivorstand Genosse Wels: Der Jahresbericht zeigt ein Bild erfolgreicher Arbeit. Das ist das Verdienst der Parteigenossen, die in unerwarteter Arbeit in Verfassungen an Leib und Leben und wirtschaftlicher Not der Sozialdemokratie treu geblieben sind. (Beifall.) Wir können auf eines der fruchtbarsten Jahre im Leben der Sozialdemokratischen Partei zurückblicken. Wir haben unsere Zeitungen nahezu verdoppelt und besitzen 113 eigene Erdereilen organs 55 im Vorjahre. Wir haben auch den Zentralkomitee organisiert. Der Redner vertritt dann den Parteivorstand gegen die Vorwürfe wegen der Haltung in der Regierungspolitik, wie sie vor allem von Gemüht aus erhoben wurden. In des Kabinett Scheubach einzutreten ist ihm nicht ab. Mit mangelnder Initiative sind wir erblich belastet, denn auch Rebel und Finger ist dahinter dieser Vorwurf macht worden. Dabei haben wir viel schwerer Fußhaben zu über, als in der rein agitatorischen Periode. Freilich müssen auch die Minister in ihrer Amtszeit häufiger als bisher in das Rost gehen, nicht nur vor den Wahlen. (Sehr richtig!) Wels kommt dann auf die vergeblichen Versuche zu sprechen, zu einer Einigung mit den Unabhängigen zu kommen und erklärt die allgemeine Verwirrung, die sich in allen unabhängigen sozialistischen Verbänden kundtut. Er macht die kapitalistische Gesellschaftsordnung verantwortlich für den Krieg und seine Folgen. Eine Gesellschaftsordnung, die dieses Elend, diese Hölle von Leiden, diese Not der Frauen und Kinder auf dem Gewissen hat, verdient verdrückt den Sozialismus und Antisozialismus, die selber am lautesten nach der Unterschrift unter den Friedensvertrag geschrien haben, drohieren heute den Krieg an Rhein an der Seite der Bolschewiken gegen die Entente. Die Kriegspolitik der Völkerbund, die die Revision des Versailler Vertrages, die in der Welt zum Schlachtfeld von Europa, weist die deutsche Arbeiterklasse in den Arm und bezieht den deutschen Sozialismus zur Einigungspolitik. (Sehr wahr!) In dem war dieser Tage ein Weltkongress der Kommunisten zusammen. Seinen Höhepunkt erreichte er als Einowjew den Heiligen Krieg ausrief und 1800 Arbeiter, Arbeiter und Arbeiter stießen und den Schrei losließen. Ich verheißte vom Jotom nicht viel, muß aber doch sagen: Was sich in dem Kongress abgelebt hat, mag Sozialismus sein, wie ihn Araber, Perser und Kurden verstehen, wissenschaftlich ist er nicht. (Sehr wahr!) Von dem ist Einowjew nach Halle gefahren, um dort den Krieg gegen die wenigen demokratischen Unabhängigen zu predigen. Araber, Perser, Kurden und Araber sind reif für den Bolschewismus, schließlich aber, der von diesen Dingen nichts versteht (Heiterkeit), soll in Halle in Acht und Bann getan werden.

Am der Spitze aller Fragen der deutschen auswärtigen Politik steht die Stellung zum Versailler Friedensvertrag. Mit dem Erkenntnis künftigen Vertragsstrens ist es nicht mehr getan. Wir fordern die Revision des Vertrages, der an Schweren gelockt auf den Arbeiterklassen lastet. Er hat mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nichts gemein und ist kein Imperium des Friedens, wohl aber der Welt. (Beifall.)

Ich erwidere dem Herrn und Wilmanns die herzlichsten Grüße und bedauere die diplomatische Vertreibung des Sozialismus aus Frankreich, das Anrecht an Belgien und die künftigen Verhandlungen. Der Streit um die Unabhängigkeit der deutschen Partei in Belgien und Frankreich, den man jetzt von Deutschland nicht unabhängig belegen, unsere Aufgabe ist die durch eine aktive Politik allen künftigen Auseinandersetzungen vorzubeugen zu suchen. Nicht wegen, sondern trotz des Bolschewismus und muß Deutschland die Verhandlungen zu Rußland aufnehmen.

Die letzten Reichstagswahlen haben den Rückgang des Sozialismus gebracht, aber nicht das Kapitalismus. Ich erwidere dem Herrn und Wilmanns die herzlichsten Grüße und bedauere die diplomatische Vertreibung des Sozialismus aus Frankreich, das Anrecht an Belgien und die künftigen Verhandlungen. Der Streit um die Unabhängigkeit der deutschen Partei in Belgien und Frankreich, den man jetzt von Deutschland nicht unabhängig belegen, unsere Aufgabe ist die durch eine aktive Politik allen künftigen Auseinandersetzungen vorzubeugen zu suchen. Nicht wegen, sondern trotz des Bolschewismus und muß Deutschland die Verhandlungen zu Rußland aufnehmen.

In der Wirtschaftspolitik handelt es sich um das Problem der Wiederaufbau des deutschen Industrie. Nichts ist wichtiger als die Kapitalisten und Imperialisten, die Banken und die Börse zu

